

EINWOHNERRAT BRUGG

PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates
vom 23. Juni 2023, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Elias Gerber (EVP) und Oliver Brunner (Grüne)
2. Einbürgerungen
3. Rechenschaftsbericht und Rechnung 2022 der Einwohnergemeinde
4. Investitions- und Finanzplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2024 – 2029
5. Schaffung zusätzlicher Stellenpensen
6. Jahresbericht 2022 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr»
7. Weiterführung «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)» bei der Feuerwehr
8. Aufbau einer Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) Region Brugg
10. Ergänzung Gebührenreglement / Neue Räume Stadion Au

Nicht behandelte Traktanden:

9. Rückweisungsänderungen zur Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland mit Bau- und Nutzungsordnung sowie Bauzonen- und Kulturlandplan; 2. Teil
11. Postulat Pascal Ammann betreffend Sozialraumanalyse Bahnhof Brugg/Neumarkt (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

12. Postulat Pascal Ammann betreffend Wohnraum für junge Geflüchtete in Ausbildung (wird vom Stadtrat abgelehnt)
13. Postulat Alexandra Dahinden betreffend Verbesserung der Informationen für Betroffene von häuslicher Gewalt (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
14. Postulat Joya Süess betreffend Integration von bewegungsfördernden Elementen für alle Generationen im Schöneeggpark (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

* * *

Vorsitz: Michel Indrizzi, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Matthias Rüede und André Schwarz

* * *

Präsenz: Es sind 44 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich die Dame Isabella Bertschi sowie die Herren Rudolf Füchslin, Jürg Hunziker, Walter Krenn, Patrick von Niederhäusern und Willi Wengi.

* * *

Das Protokoll der Sitzung vom 24. März 2023 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Änderung der Traktandenliste: Dem Ordnungsantrag des Büros des Einwohnerrates, das Traktandum 10 «Ergänzung Gebührenreglement / Neue Räume Stadion Au» dem Traktandum 9 «Rückweisungsänderungen zur Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland mit Bau- und Nutzungsordnung sowie Bauzonen- und Kulturlandplan; 2. Teil» vorzuziehen,

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 1: Inpflichtnahme

Anstelle der aus dem Rat ausgeschiedenen Esther Graf (EVP) und Vera Becker (Grüne) werden Elias Gerber (EVP) und Oliver Brunner (Grüne) in Pflicht genommen.

Traktandum 2: Einbürgerungen

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuche die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

Traktandum 3: Rechenschaftsbericht und Rechnung 2022 der Einwohnergemeinde

Herr Vizeammann Leo Geissmann: Nachdem der Stadtrat dem Einwohnerrat vor einem Jahr den Rechnungsabschluss 2021 mit einem rekordverdächtig positivem Operativen Ergebnis von CHF 16,4 Millionen präsentieren konnte, schloss das Rechnungsjahr 2022 mit umgekehrten Vorzeichen ab. Das Operative Ergebnis wird mit einem Verlust von CHF 14,5 Millionen ausgewiesen. Im Vorjahr haben höhere Steuererträge, höhere Renditeerträge der Finanzanlagen und insbesondere die Marktwertanpassungen der Finanzliegenschaften aufgrund der Inkraftsetzung der revidierten Bau- und Nutzungsordnung und des Zonenplans das Ergebnis geprägt. Im Jahr 2022 musste eine negative Wertberichtigung bei den Finanzanlagen im Umfang von CHF -13,8 Millionen verbucht werden. Ein leicht höheres Steuerergebnis sowie Bewertungskorrekturen bei den Finanzliegenschaften, die jeweils zu Beginn einer Legislatur vorzunehmen sind, konnten diesen Verlust nur marginal korrigieren.

Das Betriebsergebnis von CHF -7,3 Millionen konnte gegenüber dem Budget um rund CHF 524'000 verbessert werden. Dies lässt sich hauptsächlich durch den um CHF 657'000 höheren Steuerertrag begründen. Der Mehraufwand von CHF 1,2 Millionen beim Sachaufwand, unter anderem CHF 700'000 bei den Schulliegenschaften, konnte durch den Minderaufwand beim Transferaufwand, unter anderem CHF 800'000 bei der Materiellen Hilfe, praktisch kompensiert werden.

Das Ergebnis aus der Finanzierung von CHF -7,1 Millionen wurde, wie erwähnt, durch die massive Wertberichtigung bei den Finanzanlagen getrübt und ist CHF 14,2 Millionen schlechter als budgetiert ausgefallen. Zusammengezählt ergibt sich ein Operatives Ergebnis mit einem Verlust von CHF 14,5 Millionen, das somit CHF 13,7 Millionen schlechter als budgetiert ausgefallen ist.

Durch den Rückzug des Gegenwerts der nicht realisierten Verluste bei den Finanzanlagen von CHF 13,8 Millionen aus der Wertschwankungsreserve, resultiert beim Gesamtergebnis ein Verlust von CHF 670'000. Dieser fällt rund CHF 95'000 besser als budgetiert.

Der Nettoverwaltungsaufwand pro Einwohnerin und Einwohner beträgt CHF 2'907. Er liegt CHF 12 resp. 0,4 % über dem budgetierten Wert.

Die Investitionsrechnung zeigt, dass im Jahr 2022 Investitionsausgaben von knapp CHF 4,8 Millionen angefallen sind. Diese liegen 38 % unter dem Budget. Verzögerungen bei Projekten im Sportbereich und bei den Kantonsstrassen haben leider dazu geführt, dass nicht alle budgetierten Investitionen im Rechnungsjahr ausgeführt werden konnten. Bei den Investitionseinnahmen haben nicht budgetierte Einnahmen für das Projekt ZSA Stäblistrasse, eine unerwartete Teilrückzahlung eines Darlehens sowie Transfers von abgeschrieben Restwerten aus dem Verwaltung- ins Finanzvermögen zu Mehreinnahmen von knapp CHF 1,3 Millionen geführt. Die Nettoinvestitionen betragen CHF 3,3 Millionen. Zusammen mit der negativen Selbstfinanzierung von CHF -9,3 Millionen ergibt sich ein negatives Finanzierungsergebnis von CHF -12,5 Millionen. Dadurch reduziert sich das Nettovermögen auf CHF 108,6 Millionen.

Die Erfolgsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung schliesst mit einem negativen Gesamtergebnis von CHF -381'000 ab. Die Investitionsrechnung weist einen Nettoertrag von CHF 105'000 aus. Die fürs Rechnungsjahr budgetierte Investition ins Regenbecken Altenburg ist wegen einer Einsprache weiterhin blockiert. Zusammen mit der Selbstfinanzierung von CHF 108'000 resultiert ein positives Finanzierungsergebnis von CHF 213'000. Das Nettovermögen beträgt neu CHF 11,7 Millionen.

Die Abfallwirtschaft weist ein positives Gesamtergebnis von CHF 41'000 aus, was auch der Selbstfinanzierung entspricht. In der Investitionsrechnung sind Ausgaben von CHF 341'000 ausgewiesen. Somit ergibt sich ein negatives Finanzierungsergebnis von CHF -301'000, womit sich das Nettovermögen dieses Betriebs auf knapp CHF 162'000 reduziert.

Ich danke im Namen des Stadtrates allen Mitarbeitenden der Verwaltung und allen weiteren Beteiligten für ihren Einsatz für die Stadt und die verantwortungsvolle Umsetzung ihrer Aufgaben im Rahmen des Budgets. Ganz besonders danke ich der Abteilung Finanzen und Controlling unter der Leitung von Herrn Stefan Huber für die vorausschauende Liquiditätsplanung, die gewissenhafte, saubere und transparente Rechnungsführung und den termingerechten Rechnungsabschluss. Ich danke der Finanzkommission und ihrem Präsidenten Herrn Reto Bertschi für die kritische Prüfung der Rechnung und der Kreditabrechnungen sowie den konstruktiven Austausch mit dem Stadtrat.

Ich danke auch allen Steuerpflichtigen, die mit ihren Abgaben einen wichtigen Beitrag leisten, dass unsere Stadt ihre Aufgaben gut erfüllen kann.

Ich bitte den Einwohnerrat im Namen des Stadtrates, den Anträgen auf Seite 106 zu folgen und den Rechenschaftsbericht, die Rechnung 2022 sowie die vier Kreditabrechnungen der Einwohnergemeinde zu genehmigen.

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Im Namen der Finanzkommission danke ich dem Stadtrat, insbesondere dem zuständigen Ressortvorsteher, Herrn Vizeammann Leo Geissmann, sowie der Verwaltung für die Erstellung dieses ausgezeichneten und sehr ausführlichen Rechenschaftsberichts. Im Speziellen bedanke ich mich beim Leiter der Abteilung Finanzen und Controlling, Herrn Stefan Huber, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die tadellose Führung der Buchhaltung. Die sieben Mitglieder der Finanzkommission haben sich intensiv mit der Prüfung des Berichts, der Rechnung sowie den Kreditabrechnungen befasst und erachten diese als in Ordnung. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat und dem Leiter der Abteilung Finanzen und Controlling wurden alle Fragen zur vollen Zufriedenheit der Finanzkommission beantwortet. Die buchhalterische Prüfung wurde durch die Spezialistinnen und Spezialisten der Firma Gruber Partner AG vorgenommen und die Resultate in einem Bericht festgehalten. Auch dieser wurde durch die Finanzkommission geprüft. Der den Ratsmitgliedern zugestellte Kurzbericht enthält die wichtigsten Fakten und bestätigt die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben.

Wie Herr Vizeammann Leo Geissmann bereits ausführte, weist das letzte Rechnungsjahr gesamthaft ein negatives Resultat aus. Aufgrund des schlechten Börsenjahres konnte das Finanzergebnis das negative Betriebsergebnis nicht ausgleichen. Es musste deshalb eine negative Wertberichtigung bei den Finanzanlagen im Umfang von CHF -13,8 Millionen verbucht werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nichtrealisierung von geplanten Investitionen. Diese Problematik besteht schon seit längerem. Es wird bei den Investitionen vielfach mehr budgetiert als dann effektiv ausgegeben wird beziehungsweise Projekte umgesetzt werden. Gründe dafür sind unter anderem viele Beschwerden und Rekurse sowie die fehlenden personellen Ressourcen bei der Abteilung Planung und Bau. Für die Leitung der Abteilung Planung und Bau konnte zwischenzeitlich eine externe Fachperson gefunden werden. Damit konnte ein erster wichtiger Schritt zum Abbau der bestehenden Pendenzen eingeleitet werden.

Das betriebliche Finanzergebnis wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren in einem ähnlichen Rahmen negativ ausfallen. Die Idee ist aber, dass die Finanzerträge dieses Defizit werden decken können. Durch weitere Investitionen wird sich das Nettovermögen voraussichtlich um CHF 7 bis 8 Millionen verringern. Was nach Plan des Stadtrates zu einem Vermögen von CHF 24 Millionen bis ins Jahr 2030 führen würde. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass aufgrund der effektiv getätigten Investitionen mit einem kleineren Abbau des Vermögens gerechnet werden kann.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Rat, den Rechenschaftsbericht, die Rechnung sowie die drei Kreditabrechnungen wie beantragt zu genehmigen sowie den Finanz- und Investitionsplan zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der Fraktion Die Mitte. Wir danken dem Stadtrat, insbesondere Herrn Vizeammann Leo Geissmann, sowie der Verwaltung für die sorgfältige Führung der Buchhaltung. Es ist immer wieder interessant im Rechenschaftsbericht zu sehen, wie vielfältig das Leben in der Stadt in Zahlen dargestellt ist. Nicht jedes Jahr kann ein «fettes» Jahr sein. Unsere Fraktion hofft, dass es bei diesem einen mageren Jahr bleibt. Die Fraktion Die Mitte stellt fest, dass das Steuersubstrat gestiegen ist. Das Jahr 2022 war ein schwieriges Börsenjahr und darum weist die Rechnung einen Verlust aus. Die Mitte Fraktion bedauert, dass die geplanten Investitionen aus verschiedenen bereits genannten Gründen nicht realisiert werden konnten. Die Fraktion hofft jedoch, dass sich das bald ändern wird und stimmt den Anträgen des Stadtrates zu. Sie nimmt den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis.

Herr Titus Meier: Die Fraktion der FDP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Rechenschaftsbericht zeigt auf, was der Stadtrat und die Verwaltung letztes Jahr erreicht haben. Er zeigt aber auch, was nicht erreicht wurde. In den letzten drei bis vier Jahren sind immer wieder aussergewöhnliche Ereignisse eingetreten, welche erklären, weshalb etwas nicht so eingetreten ist wie es ursprünglich geplant gewesen wäre. Ich denke dabei an die Pandemie, die Finanzkrise und andere Ereignisse. Das sind ausserordentliche Faktoren, welche allesamt die Arbeit erschweren. Im Jahresrythmus erstellt der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung das Budget und die Rechnung. Es wäre wenig überraschend, wenn erneut ein ausserordentliches Ereignis eintreten würde, was wiederum zu einer Abweichung gegenüber dem Budget führen würde.

Die Fraktion diskutiert deshalb auch nicht über die einzelnen Abweichungen. Viele davon sind aufgrund von Umbuchungen entstanden oder es sind - wie vorhin erwähnt - Faktoren eingetreten, welche die Einhaltung des Budgets verunmöglicht haben.

Die Fraktion der FDP hat positiv zur Kenntnis genommen, dass auf Seite 19 neu dargestellt wird, welche Meilensteine der Legislaturziele bereits vom Stadtrat erreicht oder angegangen wurden. Die Fraktion der FDP hat momentan den Eindruck, dass der «Motor der Verwaltung» ins Stocken geraten ist. Es fallen immer wieder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus und offene Stellen können nicht besetzt werden. Ausserdem kommen der Stadtrat und die Verwaltung bei Projekten nicht voran. Das bereitet der Fraktion der FDP Sorge. Hier stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll. Was macht der Stadtrat angesichts dieser Problematik, welche von aussen gut sichtbar ist. Auf Seite 62 kann man zum Beispiel feststellen, dass letztes Jahr weniger Baugesuche behandelt wurden als im vorletzten Jahr. Wenn ich mich mit der Bevölkerung austausche, stelle ich fest, dass diverse Baugesuche mehrere Monate in Anspruch nehmen und auch Anfragen teilweise nach über einem Jahr nicht beantwortet sind. Hier stellt sich die Frage, wie die Ressourcen eingesetzt und Prioritäten gesetzt werden. Die Fraktion der FDP bittet Stadtrat, sich diesem Problem anzunehmen, damit die Verwaltung wieder richtig funktionieren kann. An was es fehlt, ist von aussen betrachtet schwierig festzustellen. Es «klemmt» auch bei den Investitionen. Es gibt Investoren, welche gerne in der Stadt investieren würden. Diese sind jedoch aufgrund der langen Bearbeitungszeit seitens der Stadt blockiert, was ein schlechtes Signal ist.

Die Stadt hat einen positiven Entscheid bezüglich des Mittelschulstandortes durch den Regierungsrat erhalten. Es handelt sich hierbei aber erst um den Anhörungsbericht, der definitive Entscheid ist politisch noch nicht in trockenen Tüchern. Auch hier muss die Stadt gegenüber dem Kanton zeigen, dass sie ein Partner ist, der schnell realisieren kann. Die Fraktion der FDP würdigt positiv, dass die Ratsmitglieder den Finanz- und Investitionsplan nun jeweils mit der Rechnung zur Kenntnis erhalten und nicht erst im Zusammenhang mit dem Budget. Das ermöglicht dem Einwohnerrat, dem Stadtrat das eine oder andere mit auf den Weg zu geben, was bei der Planung zu berücksichtigen ist. Wichtig für unsere Fraktion ist, dass ersichtlich ist, wie und bei welchen Projekten der Stadtrat die Prioritäten setzt. Dies vor allem mit Blick auf die schwierige Personalsituation in der Verwaltung. Daher verlangt die Fraktion der FDP, dass bei allen Projekten auch der Verwaltungsaufwand eruiert wird.

Dem Rat wird zwar in jeder Vorlage aufgezeigt, was eine Umsetzung des Projekts für Auswirkung auf die Finanzen und das Steuersubstrat hat. Es ist jedoch nicht ersichtlich, welcher Verwaltungsaufwand damit verbunden ist. Ich stelle mir die Frage, ob die Stadt für all die geplanten Projekte auch genügend Verwaltungsressourcen hat und ob diese Projekte auch richtig priorisiert werden. Dies liegt in der Verantwortung des Stadtrates.

Die Fraktion der FDP stimmt den Anträgen des Stadtrates zu und nimmt den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis.

Herr Adrian Wegmüller: Ich spreche im Namen der Fraktion der SVP. Die Rechnung 2022 präsentiert sich leider wie seit vielen Jahren gewohnt enttäuschend. Der Buchverlust wegen dem weltweiten schlechten Börsenjahr beläuft sich auf schwindelerregende CHF 12.5 Millionen. Der Verlust konnte mit der fast vollständigen Auflösung der Wertschwankungsreserven aufgefangen werden. Das eigentliche Problem wurde jedoch nicht angegangen und die Fraktion der SVP stellt keinerlei Sparbemühungen der Exekutive fest. Das Gegenteil ist der Fall. Mit immer mehr Stellenbegehren steigt der Nettoverwaltungsaufwand immer weiter ohne jede Gegenmassnahme. Die Fraktion der SVP wird der Rechnung und dem Rechenschaftsbericht zähneknirschend zustimmen. Wir fordern jedoch unmissverständlich, sofortige griffige Massnahmen gegen den Minusbetrag aus den betrieblichen Tätigkeiten von aktuell über CHF 7 Millionen zu tätigen. Es wäre angebracht, wenn der Rat im Jahr 2024 über eine ausgeglichene Rechnung abstimmen könnte.

Herr Yves Gärtner: Auch die Fraktion der Grünen dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Im speziellen dankt die Fraktion allen Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Herrn Stefan Huber. Die Fraktion der Grünen nimmt den Rechenschaftsbericht und das Defizit in der Rechnung zur Kenntnis und wird den Anträgen des Stadtrates folgen. Es wird kritisiert und immer wieder hervorgehoben, dass die Stadt ein negatives Gesamtergebnis ausweist. Natürlich ist es nicht schön, wenn man einen Verlust hat. Ich spreche aber nicht über das betriebliche Ergebnis, bei diesem hat sich ja gegenüber dem letzten Jahr nicht viel verändert. Ich spreche vom Ergebnis aus den Finanzierungen. Die Fraktion der Grünen hat sich den Vermögensabbau auch nicht so vorgestellt, aber nach so vielen Jahren mit guten Ergebnissen kann es auch einmal zu einem Einbruch kommen. Das ist das Risiko, welches die Stadt eingegangen ist und über das Ganze gesehen ist das Ergebnis aus den Finanzierungen immer noch sehr positiv zu betrachten.

Und weil das Leben glücklicherweise keine Abfolge von isolierten, in sich abgeschlossenen Jahren, kann ein solches Ergebnis verkraftbar sein beziehungsweise auch wieder verbessert werden. Die Fraktion der Grünen wünscht sich, dass das Geld in Zukunft in konkrete Projekte fließt, damit es nicht nur in der Buchhaltung eine Wirkung zeigt.

Herr David Hunzker: Auch die Fraktion der SP bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das Ergebnis bewegt sich bis auf das Finanzergebnis im Rahmen des Budgets. In diesem Sinne ist die Fraktion der SP mit dem vorliegenden Rechenschaftsbericht einverstanden. Das Vermögen hat aufgrund des Börsenjahres abgenommen. Bei den Investitionen konnten aus verschiedenen Gründen einmal mehr nicht alle geplanten Projekte realisiert werden. Dies zeigt, dass die Stadt bei heiklen Investitionen sehr vorsichtig ist.

Die Fraktion stellt aber auch fest, dass derzeit 35 Vorstösse beim Stadtrat pendent sind. Davon zwölf Vorstösse schon seit über zehn Jahren. Hier bittet die Fraktion der SP, dass der Einwohnerrat vom Stadtrat in nächster Zeit einen Bericht oder einen Zwischenbericht zum Stand der jeweiligen Vorstösse erhält. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Stadtrates zu.

Frau Andrea Rauber Saxer: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünliberalen und bedanke mich herzlich beim Stadtrat und der Verwaltung für den vorliegenden Rechenschaftsbericht. Dieser zeigt eindrücklich auf, welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt. Der bedauerliche Verlust bei den verschiedenen Rechnungsabschlüssen wurde bereits erwähnt und unsere Fraktion geht davon aus, dass diese Buchverluste in den nächsten Jahren wieder ausgeglichen werden können. Die Fraktion der GLP begrüsst, dass der Stadtrat, wie von Herrn Vizeamann Leo Geissmann bereits erwähnt, Lösungen sucht, wie man mit den zeitlichen Verzögerungen bei den Projekten buchhalterisch in Zukunft umgehen kann. So, dass diese im Budget nicht einfach als nicht realisierte Investition auftauchen. Die Fraktion der GLP wird den Anträgen des Stadtrats folgen.

Herr Titus Meier: Ich spreche für mich, beziehend auf die Seite 27 im Rechenschaftsbericht, zum Thema Stadtbibliothek. Der Rat hat die Antworten des Stadtrates zu meiner Kleinen Anfrage erhalten. Im Normalfall werden Kleine Anfragen hier nicht thematisiert, hierbei handelt es sich aber um ein Geschäft, was auch den Rechenschaftsbericht betrifft.

Ich bin immer noch sehr enttäuscht und empfinde es als einen Skandal, wie die Stadt mit den Büchern der Stadtbibliothek mit Bezug zur Stadt umgegangen ist. Brugg ist die erste Gemeinde im Kanton Aargau, welche eine eigene Bibliothek gegründet hat. Die Stadt war im Besitz dieser Gründungsbücher. Diese wurden jedoch weggegeben. Immerhin versucht man, diese zwei Bücher zu diesem Thema wieder zurückzuholen, aber andere Bücher sind bereits weg. Ich bin überrascht, wie wenig Fingerspitzengefühl im Bereich des kulturellen Erbes bei der Stadt vorhanden ist. Diese Bücher sind ein kulturelles Erbe der Stadt Brugg. Die Stadtbibliothek hatte früher einen Sammlungsauftrag, welcher gestrichen wurde, da fortan das Stadtmuseum diese Aufgabe übernahm. Die alten Bücher müssen aber weiterhin bei der Bibliothek bleiben. Ich habe eine Liste mit den fehlenden Büchern dem Stadtrat übergeben. Einen Teil hat man gefunden, einen Teil nicht. Für diverse Bücher müssen die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt nun in die Kantonsbibliothek nach Aarau gehen, um diese ausleihen zu können. Ich fände es wichtig, wenn die Stadtbibliothek weiterhin diese Bücher sammelt.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Den vorstehenden Rechenschaftsbericht für das Jahr 2022 zu genehmigen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Die nachstehende Rechnung für das Jahr 2022 zu genehmigen.»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Den Anträgen 3a bis 3d:

«Die vorstehenden Kreditabrechnungen zu genehmigen, namentlich

- a) Kredit ‹Aufwertung Hofstatt mittels Sitztreppen›
- b) Baukredit ‹Aussen- und Innensanierung des Abwartshauses Stapfer›
- c) Projektierungskredit ‹Sanierung Zivilschutzanlage (ZSA) Stäblistrasse›
- d) Baukredit ‹Sanierung Zivilschutzanlage (ZSA) Stäblistrasse›»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 4: Investitions- und Finanzplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2024 – 2029

Herr Vizeammann Leo Geissmann: Der Investitions- und Finanzplan gibt dem Rat einen Überblick über die in den kommenden Jahren geplanten Investitionsprojekte und einen Einblick in die zu erwartende Entwicklung des Finanzhaushalts der Stadt.

Gemäss Investitionsplan sind in den kommenden sechs Jahren Investitionen im Umfang von CHF 71,8 Millionen geplant. Im Vergleich zum Investitionsplan des Vorjahres, hat der Stadtrat verschiedene zeitliche Verschiebungen vorgenommen sowie die erwarteten Investitionssummen angepasst. Eine Übersicht dazu findet der Rat auf Seite 2 des Berichts. Das durchschnittliche Investitionsvolumen beträgt weiterhin knapp CHF 12 Millionen pro Jahr. Dies widerspiegelt die Absicht des Stadtrates, den grossen Nachholbedarf bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen abzutragen.

Das Gesamtergebnis der Planerfolgsrechnung zeigt eine Entwicklung vom Negativen ins Positive. Gleichzeitig entwickelt sich die Selbstfinanzierung bis ins Jahr 2029 von CHF 3,6 Millionen auf CHF 6 Millionen. Diese Beträge reichen aber nicht aus, um das grosse Investitionsvolumen zu finanzieren. Das negative Finanzierungsergebnis beträgt durchschnittlich CHF -6,9 Millionen. Es summiert sich über die kommenden sechs Jahre auf CHF -42 Millionen. Dementsprechend reduziert sich das Nettovermögen um diesen Betrag auf CHF 64 Millionen.

Der Nettoverwaltungsaufwand für das Jahr 2024 wurde auf CHF 3'009 pro Einwohnerin und Einwohner berechnet. Die Planung zeigt, dass dieser in den nachfolgenden Jahren um durchschnittlich 0,3 % auf rund CHF 2'955 pro Einwohnerin und Einwohner sinken wird.

Wie in der Finanzstrategie festgelegt, soll bei der Vorlage des Finanzplans die Kompatibilität mit den strategischen Zielen aufgezeigt werden. Der Abgleich zeigt, dass die Zielsetzungen erfüllt sind. In Bezug auf die Limite beim Abbau des Nettovermögens hat eine Projektion der Finanzplanung bis ins Jahr 2032 ergeben, dass die Untergrenze von CHF 50 Millionen unter den gegebenen Planungsvoraussetzungen bei gleichbleibendem Steuerfuss von 97 % nicht unterschritten wird.

Im Namen des Stadtrates danke ich dem Rat für die wohlwollende Kenntnisnahme des vorliegenden Investitions- und Finanzplans.

Herr David Hunziker: Viele geplante Investitionen konnten noch nicht realisiert werden. Darunter gehören auch die Umsetzung der Zentralisierten Verwaltung, die Sanierung des Zimmermannhauses, der Kindergarten Umiken, die Tagesstrukturen im Bodenacker, Verschiedene Schulhaussanierungen, die Süssbachunterführung, den Umikersteg sowie die Erneuerung des Neumarktplatzes. Die Stadt hat in Sachen Investitionen darum Nachholbedarf. Investitionen zu tätigen ist jedoch bei der aktuellen Stellensituation der Abteilung Planung und Bau schwierig.

Die Fraktion der SP nimmt den vorliegenden Investitions- und Finanzplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2024 bis 2029 zur Kenntnis und hofft auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Stadt- und Einwohnerrat und dass die geplanten Investitionen in Zukunft auch tatsächlich realisiert werden können.

Herr Yves Gärtner: Grundsätzlich steht die Fraktion der Grünen wohlwollend hinter dem Investitions- und Finanzplan des Stadtrates. Die Fraktion begrüsst es, dass dem Einwohnerrat bereits jetzt Einblicke in die Zukunft der Planung des Stadtrates gewährt wird, und nicht erst anlässlich der Budgetsitzung. Der Fraktion ist nicht klar, welche Basis es benötigt, um abzuschätzen, wann ein Projekt umgesetzt wird. Zum Beispiel die massiven Verzögerungen beim «Baslerstich» sind in der Planung so dargestellt, dass erst im Jahr 2025 mit Kosten gerechnet wird. Aber wie sieht es bei der Neugestaltung des Schöneeggparkes aus? Da sind hohe Ausgaben im nächsten Jahr vorgesehen. Bei diesem Projekt werden einige Parkplätze abgebaut, wodurch man davon ausgehen kann, dass es Einwendungen geben wird. Bei unserer Fraktion bestehen Zweifel, ob der Stadtrat mit allfälligen Einwendungen rechnet und ob die Einschätzung des Stadtrates betreffend die Zeitdauer zur Realisierung dieses Projektes realistisch ist. Weiter stellt sich unserer Fraktion die Frage, warum die Motion von Herrn Markus Lang «Entwicklungsstudie zur Einrichtung einer Begegnungszone im Zentrum Brugg» nicht zusammen mit der Gebietsentwicklung Bahnhof Brugg/Windisch geplant ist. Dies würde logischerweise Synergien zwischen den beiden Projekten schaffen. Ausser diesen beiden Bemerkungen stehen wir wohlwollend hinter dem Investitions- und Finanzplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2024 – 2029.

Herr Adriaan Kerkhoven: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünliberalen, welche ebenfalls den Stau bei den Investitionen beunruhigt. Teilweise sind die Gründe dafür aber bekannt. Die Fraktion anerkennt aber auch die positiven Entwicklungen, wie zum Beispiel den Umzug der Stadtbibliothek ins Zentrum. Abgesehen vom Wermutstropfen, welcher Herr Titus Meier erwähnt hat, zeigt die neue Stadtbibliothek eine unglaubliche Wirkung nach aussen und verursacht keine allzu hohen Kosten. Auch ist die Fraktion von der Begrünungsoffensive der Stadt begeistert. So kann diese ökologisch aufgewertet werden. Die Fraktion der GLP wünscht sich jedoch, dass auch die Politik der IBB Energie AG noch «grüner» wird, indem man die Einspeisevergütungen für Privatpersonen massiv erhöht. So würden viel mehr Menschen in die Stromversorgung investieren. Dies wird in Zukunft sehr wichtig sein. Die Fraktion der GLP freut sich ebenfalls um eine sorgsame Personalpolitik in der Stadtverwaltung. Ausserdem verfolgt die Fraktion der GLP die Idee, dass man die Hallenbadsanierung mit Partnern bewältigen würde, denen man dafür eine Gegenleistung verspricht. Die Fraktion bedauert, dass die Brunnenmühle verkauft wurde. Ein solches Objekt hätte die Stadt strategisch nützen können. Es war in den Medien zu lesen, dass auch in Schinznach-Bad eine Liegenschaft verkauft werden soll. Ich weiss zwar nicht welche, hoffe aber, dass bei diesem Entscheid strategische Überlegungen gemacht worden sind.

Erstaunlich finde ich, dass die Eisi-Halle jetzt schon sanierungsbedürftig sein soll. Ich frage mich, ob es nicht Sinn machen würde, dort etwas komplett Neues und Attraktives mit einem höheren Nutzen zu bauen, anstatt die bestehende Halle notdürftig zu sanieren.

Die Fraktion der GLP ist begeistert, dass die Stadt je länger je mehr ökologisch und wirtschaftsfreundlich in die Lebensqualität der Stadt investiert.

Herr Vizeammann Leo Geissmann: Gerne möchte ich noch ein paar Erläuterungen zum Aufbau beziehungsweise zum Prozess des Investitionsplans machen. Zu Beginn werden alle Positionen vom Stadtrat hinterfragt und gegebenenfalls wird der Zeitraum sowie der Kostenbetrag eines Projekts angepasst. Weiter prüft der Stadtrat in Zusammenarbeit mit den Abteilungen die Machbarkeit der jeweiligen Projekte. Anschliessend bespricht und prüft der Stadtrat, ob bei den vorliegenden Investitionen die richtige Priorisierung gewählt wurde. Falls keine Dringlichkeit besteht, kann ein Geschäft auch zeitlich verschoben werden und somit kann die Verwaltung entlastet werden.

Noch zur Frage von Herrn Adriaan Kerkhoven zur genannten Liegenschaft in Schinznach-Bad, welche sich auf einem Grundstück im Baurecht befindet. Das Baurecht läuft Ende 2023 aus und eine Nachfolgerregelung gibt es nicht. Somit muss die Einwohnergemeinde die Liegenschaft im Heimfall erwerben. Der Stadtrat sieht keinen Verwendungszweck für diese Liegenschaft in der Gewerbezone. Aus diesem Grund ist beabsichtigt, die Liegenschaft und das Grundstück zu veräußern.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Traktandum 5: Schaffung zusätzlicher Stellenpensen

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Vor ziemlich genau einem Jahr hat der Stadtrat sein Legislaturprogramm 2022 bis 2025 vorgestellt. Eines seiner wichtigsten Anliegen darin ist die Stärkung des Bildungsstandortes Brugg. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt die Stadt nicht nur gute räumliche Voraussetzungen für die Schule, sondern auch genügend personelle Ressourcen. In diesem Bezug besteht bei der Volksschule sowie auch bei der Musikschule Handlungsbedarf. Mit der Abschaffung der Schulpflege per Ende 2021 sind etliche Aufgaben auf die Schulleitungen übergegangen. Diese zusätzlichen Aufgaben werden von der neugeschaffenen pädagogischen Fachstelle, der ein 60-Prozent-Stellenpensum zur Verfügung steht, und von der Schulverwaltung, bei welcher das Stellpensum um 80 Prozent von 260 auf 340 Stellenprozente erhöht wurde, erfüllt. Die Gesamtschulleitung sowie der Stadtrat waren bestrebt, die Umstellung auf die neuen Führungsstrukturen möglichst Kostenneutral zu gestalten und eine umsichtige Stellenplanung zu betreiben. Die Erfahrungen, die im ersten Jahr mit dem neuen System gesammelt werden konnten, zeigen jedoch, dass aufgrund der Grösse und der Komplexität der Schule, des Bevölkerungswachstums und der gestiegenen Anforderungen an die Schulen, die aktuellen Ressourcen nicht ausreichen.

Das Bevölkerungswachstum und die damit verbundene wachsende Schülerschaft wirken sich auch auf den Betrieb der Musikschule aus. So nimmt die Anzahl der belegten Fachkurse laufend zu. Dies ist an sich eine erfreuliche Entwicklung und zeigt auch, dass das Angebot der Musikschule den Bedürfnissen entspricht und geschätzt wird. Andererseits führt dies aber auch dazu, dass sowohl bei der Musikschulleitung als auch bei der Musikschulverwaltung ein Mehraufwand entsteht. Ein weiteres festgehaltenes Ziel des Stadtrates im Legislaturprogramm ist die Förderung des guten Zusammenlebens verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Das Zimmermannhaus Kunst und Musik leistet mit seinen Ausstellungen, Konzerten, Beteiligungen an Kollaborationsformate mit anderen kulturellen Institutionen in der Stadt, vor allem aber auch mit seinem umfangreichen Vermittlungs- und Koordinationsangebot einen wichtigen Beitrag an das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Stadt. Aktuell wird der Betrieb im Zimmermannhaus Kunst und Musik von einer Person mit einem Pensum von 65 Prozent geführt. Das ist nicht nur eine sehr grosse Belastung für die Stelleninhaberin, sondern stellt für die Stadt ein erhebliches betriebliches Risiko dar.

Um diese Engpässe bei der Volks- und Musikschule und beim Zimmermannhaus Kunst und Musik zu beheben, beantragt der Stadtrat die Schaffung einer städtisch finanzierten Stelle «Abteilungsleiter Volksschule» mit einem 100-Prozent-Stellenpensum. Zudem die Aufstockung des Stellenetats der Schulverwaltung um 130 Prozent und der Musikschulverwaltung um 10 Stellenprozent sowie die Schaffung von 30 Stellenprozent für die Stellvertretung der Leiterin Zimmermannhaus Kunst und Musik. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, die beantragten Stellen zu bewilligen und damit einen wichtigen Beitrag an die Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Brugg zu leisten.

Frau Patricia Gloor: Die Fraktion der FDP hat die Vorlage intensiv diskutiert. Über unser Fraktionsmitglied Titus Meier konnten wir erfahren, dass immer mehr Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden delegiert werden, was natürlich einen Mehraufwand für die Schule bedeutet. Was der Fraktion nicht ganz klar ist, warum nach der Abschaffung der Schulpflege wieder neue Stellen beantragt werden müssen. In diesem Zusammenhang müsste geprüft werden, ob nicht eine andere effizientere Organisationsstruktur eine bessere Lösung darstellen würde. Hier wollte die Fraktion der FDP vom Stadtrat wissen, ob Prozessoptimierungen vorgenommen wurden. Der Stadtrat hat der Fraktion mitgeteilt, dass mit Hilfe einer externen Analyse verschiedene Prozesse gestrafft und angepasst wurden. Die Fraktion sieht aber auch, dass die Schule Brugg gut funktioniert und dies soll auch so bleiben. Darum hat die Fraktion der FDP sich nach langer Diskussion grossmehrheitlich entschieden, dem ersten Antrag zuzustimmen. Über den Antrag zwei wurde weniger lang diskutiert, weil für die Fraktion der zusätzliche Bedarf ausgewiesen ist. Antrag drei ist ja lediglich zur Kenntnisnahme. Hier hätte die Fraktion eine Information an die Finanzkommission erwartet. Dem Antrag vier wird die Fraktion ebenfalls zustimmen. Auch hier generieren die gestiegenen Schülerzahlen Mehraufwand. Beim Antrag zum Zimmermannhaus Kunst und Musik möchte die Fraktion der FDP zuerst wissen, in welche Richtung es mit dem Zimmermannhaus Kunst und Musik geht. Die Schaffung einer Stellvertreterstelle ist für die Fraktion der FDP noch nicht genügend ausgewiesen, deshalb wird dieser Stellenaufstockung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zugestimmt.

Frau Barbara Geissmann: Ich beginne mit einer kleinen Randbemerkung. Jedes Mal, wenn ich auf der Traktandenliste einen Stellenantrag sehe, denke ich, es wäre einmal erfreulich, wenn irgendeine andere Stelle nicht mehr benötigt werden würde. Zum Beispiel zwecks Effizienzsteigerung. Und tatsächlich ist dies im Finanzplan im Jahr 2026 der Fall.

Es wird ein Minus von 120 Stellenprozenten angegeben. Ich habe mich dann doch ein wenig zu früh gefreut, denn auf Nachfrage wurde mir erklärt, dass die Stelle Projekte und ICT nicht abgeschafft wird, sondern ein Outsourcing der Informatik stattfinden wird. Unsere Fraktion nimmt die Ausstellungen im Zimmermannhaus mit grossem Interesse und Anerkennung wahr. Der Bedarf an zusätzlichen Stellenprozenten ist meiner Meinung nach klar ausgewiesen und der beantragten Stellenprozentenerweiterung für die Stellvertretung stimmt unsere Fraktion zu. Das bei steigender Schülerzahlen auch der Aufwand steigt, leuchtet der Fraktion ebenfalls ein. Mit der Musikschule Brugg besitzt die Stadt ein Juwel, welchem man Sorge tragen muss. Den Anträgen drei und vier wird die Fraktion darum einstimmig zustimmen. Beim Antrag drei sind wir jedoch vom Vorgehen des Stadtrates enttäuscht. Wir sind der Meinung, dass es bei einer solchen Stelle möglich sein sollte, soweit im Voraus zu planen, dass zusätzliche Stellenprozente für den Musikschulleiter ausgeschrieben und besetzt werden, nachdem der Einwohnerrat darüber beschlossen hat.

Auch bei den Anträgen eins und zwei stimmt die Fraktion dafür. Es überrascht einerseits, dass es schon wieder eine Stellenaufstockung bei der Schule benötigt, andererseits ist die Aufstockung aufgrund der steigenden Schülerzahlen, gesellschaftlichen Veränderungen, gesteigerten Ansprüche an die Schule sowie der Verlagerung von Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden erklärbar. Es ist schade, dass die Stadt immer mehr Geld für die Schulleitung und die Verwaltung ausgeben muss, anstatt in das Personal und in Projekte zu investieren, die den Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Der Fraktion Die Mitte liegt die Qualität der öffentlichen Schule am Herzen. In einer guten Schule liegt auch die Zukunft unserer Gesellschaft. Darum stimmt die Fraktion Die Mitte allen Stellenanträgen zu.

Frau Colette Degrandi Künzi: Ich spreche im Namen der Fraktion der GLP, welche den Anträgen eins bis vier zustimmen wird. Die Gesamtschulleitung sowie die pädagogische Fachstelle sind schon seit einiger Zeit überlastet. Ich kenne diese Situation aus meiner Zeit als Mitglied der Schulpflege. Schon dazumal waren die vielen Überstunden der Schulleiterinnen und Schulleiter Thema. Versuche, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter ausschliesslich Arbeiten gemäss Pflichtenheft erfüllen, scheiterten. Man musste feststellen, dass dies nicht möglich ist. Denn es gibt immer wieder Aufgaben, welche eigentlich nur indirekt mit der Schule zu tun haben und nicht explizit im Pflichtenheft beschrieben sind, diese jedoch gleichwohl die Schule betreffen und zusätzliche Arbeit generiert.

Beispiele hierfür sind die Mitarbeit bei der Schulraumplanung, den Tagesstrukturen oder der Aufgabenhilfe. Mit der Zunahme von Schülerinnen und Schülern steigt auch der Aufwand der Schulverwaltung und es wird auch mehr Lehrpersonal benötigt. Und es ist nicht einfach, neues Lehrpersonal zu finden. Auch dies führt zu einem Mehraufwand bei der Schule. Auch delegiert der Kanton immer mehr Aufgaben an die Gemeinden. Das bedeutet zwar mehr Freiheiten für die Organisation, jedoch wird der Verwaltungs- und Organisationsaufwand dadurch grösser. Die Fraktion ist überzeugt, dass es sich lohnt, in die Schule zu investieren. Einerseits ist es die Grundlage für das soziale Zusammenleben und auch ein Standortvorteil für die Stadt. Wenn die Schule Brugg ein guter Arbeitgeber ist und sich gut etablieren kann, wird es auch einfacher, gut ausgebildetes Lehrpersonal zu finden. Dies wiederum stärkt die Schule.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP. Ich war ebenfalls Mitglied der Schulpflege und habe mir deshalb auch die gleichen Überlegungen gemacht wie Frau Colette Degrandi Künzi. Die Fraktion der SP unterstützt alle Anträge des Stadtrates. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb diese Stellenaufstockungen notwendig sind. Zum einen das starke Wachstum bei der Anzahl Schülerinnen und Schüler, von 1'305 im Jahr 2018 auf 1'631 im Jahr 2023. Dies hat zur Folge, dass mehr Abteilungen sowie mehr Lehrpersonal benötigt wird, was wiederum zu mehr Verwaltungsaufwand führt. Zum anderen die Delegation von Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden. Auch die Abschaffung der Schulpflege generierte einen Mehraufwand für die Schulleitungen.

Die Musikschule geniesst einen guten Ruf. Der Fraktion der SP ist es ein Anliegen, dass dies so bleibt. Deshalb wird der Antrag um Erhöhung der Stellenprozente auch in diesem Bereich von unserer Fraktion unterstützt. In diesem Zusammenhang möchte ich der Gesamtschulleitung, den Schulleiterinnen und Schulleitern, den Mitarbeitenden der Schulverwaltung sowie dem Lehrpersonal für die geleistete Arbeit danken.

Herr Elias Gerber: Die Fraktion der EVP unterstützt grundsätzlich die Anträge des Stadtrates. Sie begrüsst eine Stärkung des Bildungsstandortes und die Entlastung der Schulen. Bei der Umsetzung dieser geplanten Umstrukturierung ist der Fraktion jedoch zu wenig ersichtlich, wer die Aufgaben des Gesamtschulleiters zukünftig übernehmen soll, wenn dieser zum Abteilungsleitenden ernannt wird und gemäss Zitat aus dem Bericht des Stadtrates «durch die neue Führungsstruktur vermehrt in übergeordnete Projekte eingebunden» wird.

Die Fraktion erkennt im Antrag keine Lösungen, wie der Gesamtschulleiter zurück zu seinen Kernaufgaben kommt und entlastet werden kann. Für uns wäre es eine grössere Chance, wenn vermehrt in die Basis investieren würde, sprich in die Schulverwaltung, anstatt immer mehr in den Managementapparat. Dementsprechend wird die Fraktion der EVP den Antrag eins ablehnen. Den übrigen Anträgen wird die Fraktion zustimmen.

Herr Daniel Zulauf: Ich spreche im Namen der Fraktion der SVP. Am 21. Oktober 2022 hat der Einwohnerrat 670 Stellenprozente bewilligt. An der anschliessenden Budgetdebatte bemängelte auch die FDP, die EVP und Die Mitte das schlechte Operative Finanzergebnis. Und nun werden bereits wieder neue Stellenprozente gefordert. Da frage ich mich schon, ob der Stadtrat uns überhaupt noch zuhört. Hat der Stadtrat noch nicht realisiert, dass der Betrieb unrentabel ist. Der Stadtrat reagiert mit noch höheren wiederkehrenden Kosten und beantragt die nächsten 285 Stellenprozente. Letztes Jahr wurden 670 Stellenprozente, im Jahr 2021 350 Stellenprozente und im Jahr 2020 320 Stellenprozente bewilligt. Total wurden in drei Jahren 1'340 Stellenprozente neu geschaffen. Wenn man sich die finanziell angespannte Lage anschaut, müsste man Wünschenswertes von Notwendigem trennen. Wenn der Stadtrat hierzu nicht in der Lage ist, dann muss das Parlament eingreifen und nein sagen. Die Fraktion der SVP wird deshalb alle Stellenprozentanliegen ablehnen.

Frau Gina Sträuli: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Noch nicht erwähnt in diesem Zusammenhang wurde die Fusion mit der Gemeinde Schinznach-Bad. Die Stadt wächst und darum werden auch mehr Ressourcen bei der Schule notwendig. Als Lehrperson ist man auf eine gute Schulleitung angewiesen, welche den Lehrerinnen und Lehrern bei Konflikten mit Schülerinnen und Schüler den Rücken freihält. Mein Sohn besucht zurzeit die erste Klasse. In diesem Schuljahr fielen bereits über vier Wochen Schulunterricht aus. Auf Nachfrage beim Schulleiter nach den Gründen, wurde mitgeteilt, dass aufgrund der fehlenden Ressourcen keine Stellvertretungen angestellt werden können, da dies aufgrund des grossen administrativen Aufwandes ressourcenbedingt nicht möglich ist. Es ist nicht nur der Bildungsstandort Brugg, welcher gefördert werden muss. Es betrifft auch die Schülerinnen und Schüler, bei welchen der Unterricht ausfällt wegen zu wenig Stellenpensen an der Schule. Auch der Aufwand, welcher für die Organisation des Jugendfest bewältigt werden muss, ist für die Schule kaum mehr zu bewältigen.

Die Leiterin des Zimmermannhauses Kunst und Musik leistet ein Vielfaches ihres Pensums mit sehr viel Herzblut. Dieser Aufwand ist alleine nicht mehr machbar. Auch für die Schülerinnen und Schüler stellt das Zimmermannhaus einen grossen Mehrwert dar. Darum unterstützen wir den Antrag zur Erhöhung der Stellenpensen im Zimmermannhaus.

Frau Lea Kalt: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP und möchte in diesem Zusammenhang der Leiterin des Zimmermannhauses, Frau Andrea Gsell, für ihre geleistete und sehr engagierte Arbeit für das Zimmermannhaus danken. Die Fraktion der SP vermutet, dass einige Fraktionen mit der Ablehnung der Stellenerhöhung beim Zimmermannhaus Kunst und Musik ein Exempel statuieren möchten, nur weil damit man nicht allen Anträgen des Stadtrates folgen will. Das bedauern wir sehr. Die alleinige Betriebsführung des Museums ist eine psychische Belastung. Auch strategisch macht die momentane Situation keinen Sinn. Bei einem Ausfall der Leiterin kann der Betrieb nicht weitergeführt werden. Das Know-how ist nur bei einer Person, was generell zu vermeiden ist. Auch kann mit der Unterstützung einer zweiten Person die Diversität des Programms verstärkt werden. Die Fraktion der SP wird allen Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Herr Urs Bürkler: Die Fraktion der Grüne wünscht eine Strategie für das Zimmermannhaus Kunst und Musik. Damit aber der laufende Betrieb gesichert werden kann, stimmt die Fraktion der Stellenpensenerhöhung zu. Die Sicherung und Förderung der Kultur für einen guten Standort ist wichtig. Und darum sollte nun zuerst der Betrieb gesichert werden und anschliessend kann in einem späteren Zeitpunkt über die Strategie gesprochen werden.

Herr Titus Meier: Die Fraktion der FDP schätzt die Arbeit des Zimmermannhaus Kunst und Musik. Die Fraktion ist aber überrascht von der Art und Weise, wie der Stadtrat plant. Die Stadtbibliothek zog aus dem Zimmermannhaus aus und es wurde dem Rat mitgeteilt, dass der Stadtrat nach einer Pilotphase über die Weiterentwicklung des Zimmermannhaus entscheiden wird. Die Fraktion ist der Ansicht, dass doch nun zuerst die Pilotphase ausgewertet werden muss, bevor neue Stellen geschaffen werden. Es muss zuerst eine Strategie für das Zimmermannhaus geschaffen und der Bedarf an Stellenpensen ermittelt werden. Wir wollen wissen, was die Ziele des Zimmermannhauses sind bevor eine weitere Stelle geschaffen wird.

Herr Stadtrat Jürg Baur: Ich teile die Ansicht, dass die Finanzkommission vorgängig durch den Stadtrat über die Stellenerhöhung bei der Musikschule hätte informiert werden sollen. Gerne möchte ich aber noch ein paar Worte zum Votum von Herrn Elias Gerber sagen. Selbstverständlich hat der Gesamtschulleiter ein Pflichtenheft. Er hat aber auch viele übergeordnete Aufgaben wie Lenken, Leiten und Führen. Zu erwähnen ist die Betreuung des Qualitätsmanagements sowie die Begleitung der Schulraumplanung. Auch stellt der Gesamtschulleiter die Vertretung gegen aussen dar. Er beruft Sitzungen ein und ist für die Organisation sowie die Kommunikation der Schule verantwortlich. Die Mitglieder der EVP sind gerne eingeladen, einen Tag mit der Gesamtschulleitung zu verbringen um zu sehen, was da alles geleistet wird. Ich bitte die EVP, auch dem Antrag für die Erhöhung der Stellenprozente bei der Schulleitung zuzustimmen.

Herr Vizeammann Leo Geissmann: Es ist richtig, das Zimmermannhaus befindet sich zurzeit in einem Strategieprozess. In diesem Prozess sind viele Ideen entstanden, welche nun weiterentwickelt und anschliessend dem Stadtrat vorgestellt werden. Der Betrieb des Zimmermannhauses hat in einer Pilotphase von drei Monaten die Möglichkeit, das ganze Zimmermannhaus zu bespielen und verschiedene Projekte anzubieten und auszuprobieren. Die neuen Möglichkeiten der Bespielung von zweit Etagen mit Kunst und Musik ist sehr zeit- und personalintensiv. Auch werden die bestehenden Angebote, wie die verschiedenen Kammermusikkonzerte, weiterhin angeboten. Die vielfältigen Aufgaben der Leiterin beinhaltet die Organisation, das Marketing und die Administration der Ausstellungen und der Konzerte, die Betreuung der städtischen Kunstsammlung, die Zusammenarbeit mit der Schule in Vermittlungsprojekten, das Verfassen von Anträgen für Fördergelder (rund ein Drittel des Betriebsaufwands wird fremdfinanziert), die Führung des Aufsichtspersonals und nicht zuletzt der Austausch und die Vernetzung mit anderen Kulturanbietern in der Stadt. Diese Aufgaben sind mit dem aktuell bewilligten Stellenpensum von 65 % nur mit einer erheblichen Anzahl an Überstunden zu bewältigen. Das ist ungesund und kann der Stadtrat nicht verantworten. Dieser Antrag ist nicht alleine der Strategie geschuldet. Die Tätigkeit des Zimmermannhauses ist erfolgreich. Mit diesem Erfolg steigen aber auch die Anforderungen. Zudem wird rund ein Drittel des Betriebsaufwandes fremdfinanziert, insgesamt über CHF 40'000. Auch hier entsteht ein grosser zeitlicher und administrativer Aufwand, um diese Gelder einholen zu können. Der Betrieb hat zurzeit die Möglichkeit, während einer Pilotphase von drei Jahren das ganze Zimmermannhaus zu bespielen.

Eine Chance, die jedoch nicht ohne zusätzliche personelle Ressourcen optimal genutzt werden kann. Mit der Verteilung der Aufgaben, der Verantwortung und des Knowhows auf zusätzliche Schultern kann auch das betriebliche Risiko reduziert und die Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen mit den Künstlerinnen und Künstlern und den externen Förderstellen besser gewährleistet werden.

Ich bitte den Rat, die Zukunft des Betriebs Zimmermannhaus Kunst und Musik zu sichern und dem Antrag zur Schaffung von zusätzlichen 30 Stellenprozenten zuzustimmen. Im Vergleich mit ähnlichen Kulturangeboten im Aargau wird der Betrieb auch mit 95 Stellenprozenten sehr schlank aufgestellt sein.

Herr Elias Gerber: Die Fraktion stellt nicht in Frage, was der Gesamtschulleiter alles leistet. Ich hoffe, dass sich der Gesamtschulleiter durch mein Votum nicht angegriffen gefühlt hat. Die EVP-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass aus dem Bericht und Antrag einfach zu wenig hervor geht, wie der Gesamtschulleiter durch diese geplante Massnahme entlastet werden soll. Wir haben das Gefühl, dass er auch nach dieser geplanten Änderung zukünftig überlastet sein wird. Wir vermissen im Antrag konkrete Massnahmen, die aufzeigen müssten, wie der Gesamtschulleiter effektiv unterstützt werden kann. Wir befürchten, dass der Rat in einem Jahr wieder darüber diskutieren muss, wie man den Gesamtschulleiter entlasten könnte.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen der Schaffung der städtisch finanzierten Stelle «Abteilungsleitung Volksschule» mit 100 Stellenprozenten per 1. Januar 2024 zustimmen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig CHF 180'000 genehmigen.»

mit 31 Ja zu 11 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen der Schaffung von 130 Stellenprozenten für die Schulverwaltung per 1. Januar 2024 zustimmen und dafür einmalige Kosten von CHF 10'000 sowie einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig CHF 132'000 genehmigen.»

wird mit 35 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Der Antrag 3:

«Sie wollen die Schaffung von 15 Stellenprozenten für die Musikschulleitung per 1. August 2023 mit einem Lohnaufwand von CHF 8'000 im Jahr 2023 beziehungsweise von gegenwärtig jährlich CHF 19'000 ab dem Jahr 2024 zur Kenntnis nehmen.»

wird zur Kenntnis genommen.

Dem Antrag 4:

«Sie wollen der Schaffung von 10 Stellenprozenten für die Musikschulverwaltung per 1. August 2023 zustimmen und dafür einen Lohnaufwand von CHF 4'100 im Jahr 2023 und einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig CHF 10'000 ab dem Jahr 2024 genehmigen.»

wird mit 35 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 5:

«Sie wollen der Schaffung von 30 Stellenprozenten für die Stellvertretung Zimmermannhaus Kunst und Musik per 1. Januar 2024 zustimmen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig CHF 36'000 genehmigen.»

wird mit 25 Ja zu 18 Nein zugestimmt.

- Traktandum 6: Jahresbericht 2022 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr» und
- Traktandum 7: Weiterführung «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)» bei der Feuerwehr
-

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Ich erlaube mir ein Votum zu den Traktanden sechs und sieben zu äussern. Der Rat kann dem umfassenden Jahresbericht 2022 entnehmen, dass die Feuerwehr im letzten Jahr 105 Ereignisse erfolgreich bewältigte und die Angehörigen der Feuerwehr 3'218 Einsatzstunden leisteten. Erfreulich ist die Tatsache, dass durch die auf den 1. Januar 2022 erfolgte Integration der Feuerwehr Villnachern in die Feuerwehr Brugg kein Mehraufwand entstanden ist. Weder die Einsätze noch die Kosten haben dadurch zugenommen. Die Rechnung 2022 schliesst bezüglich der Gesamtkosten praktisch mit einer Punktlandung ab. Die leichte Budgetüberschreitung ist dadurch zu begründen, dass der ereignisbedingte Nettoaufwand mit CHF 456'774 leicht über dem budgetierten Wert von CHF 450'000 liegt. Vereinbarungsgemäss ist dieser Mehraufwand aus der WOV-Rücklage entnommen worden. Die Rücklage beläuft sich per Ende 2022 auf CHF 68'471. In diesem Betrag enthalten sind auch die CHF 7'252, mit welcher sich die Gemeinde Villnachern per Ende des letzten Jahres in die Rücklage eingekauft hat. Gleichzeitig mit dem Jahresbericht 2022 liegt dem Einwohnerrat auch der Antrag zur Weiterführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung bei der Feuerwehr vor. Der Stadtrat, das Feuerwehrkommando, die Controlling-Kommission und auch die beiden Vertragsgemeinden Riniken und Villnachern sind überzeugt, dass sich dieses Führungsinstrument in den letzten zwanzig Jahren bewährt hat und darum weitergeführt werden soll. Der Nettoaufwand für die kommenden vier Jahren beträgt CHF 1'840'000. Die jährliche Tranche erhöht sich somit von CHF 450'000 auf CHF 460'000. Die Kostensteigerung begründet sich aus geringfügigen Anpassungen beim Personalaufwand aufgrund von strukturellen Änderungen bei der Personalorganisation der Feuerwehr. Die Gemeinden Riniken und Villnachern beteiligen sich aufgrund ihrer Bevölkerungsanteile an den jährlichen Kosten. Die Angehörigen der Feuerwehr erbringen eine hervorragende Leistung für die Bevölkerung von Brugg, Riniken und Villnachern. Ich habe grossen Respekt vor diesem Engagement zu jeder Tages- und Nachtzeit und ich danke im Namen des Stadtrats allen Angehörigen der Feuerwehr für ihren grossen Einsatz im Berichtsjahr 2021. Mein Dank gilt auch der Controlling-Kommission und allen mit den Belangen der Feuerwehr befassten Verwaltungsabteilungen der Stadt, allen voran einmal mehr der Abteilung Finanzen und Controlling.

Ein Dank geht auch an unsere Partnergemeinden Riniken und Villnachern, mit denen wir eine sehr gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit haben. Ich bitte den Rat, den Jahresbericht 2022 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und danke für das Wohlwollen und die Wertschätzung gegenüber unserer Feuerwehr.

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission und Präsident der WOV-Controlling-Kommission: Ich spreche aus Effizienzgründen und nach vorgängiger Vereinbarung im Namen aller Parteien für das Traktandum sechs und sieben. In dieser Rolle danke ich allen Mitgliedern der Kommission, bestehend aus Frau Stadtmann Barbara Horlacher; der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Finanzen und Controlling, Frau Jelena Skeledzic, und dem Kommandanten Manuel Keller, herzlich für die gute Zusammenarbeit. Das WOV-Instrument hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt. Es ermöglicht einerseits der Feuerwehr eine langfristige Planung und gibt andererseits dem Einwohnerrat einen detaillierten Einblick in die Feuerwehr. Wie der Einwohnerrat dem Bericht entnehmen konnte, ist der Globalkredit eingehalten worden. Die Gemeinden Riniken und Villnachern zahlen ihren Teil an die Kosten der Feuerwehr. Auf das neue Rechnungsjahr wird der jährliche Kredit um CHF 10'000 erhöht, weil sich der Personalaufwand leicht erhöhen wird. Im Rahmen der Hauptübung konnten sich die Mitglieder der WOV-Kommission ein Bild der tadellosen Arbeit der Feuerwehr machen. Dabei wurden unter anderem auch die seit neuem in Einsatz stehenden Drohnen vorgestellt.

Ich bedanke mich bei allen Angehörigen der Feuerwehr für ihren Einsatz und zum Wohl der Bevölkerung der Stadt.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung zum Traktandum 6 wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen den Jahresbericht 2022 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) bei der Feuerwehr Brugg» zustimmend zur Kenntnis nehmen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

In der Abstimmung zum Traktandum 7 wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen die «wirkungsorientierte Verwaltungsführung» gemäss § 71b Abs. 1 und § 71d Abs. 1 Gemeindegesetz bei der Feuerwehr für die Jahre 2024 bis 2027 beschliessen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen für den Zeitraum 2024 – 2027 einen Globalkredit von CHF 1'840'000 bewilligen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 8: Aufbau einer Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) Region Brugg

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Der Einwohnerrat hat an der heutigen Sitzung die Möglichkeit, als letzte der am Projekt beteiligten Gemeinden der Schaffung einer Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) zuzustimmen. Es handelt sich um ein regionales Projekt, welches die Stadt zusammen mit den Gemeinden Birr, Windisch und Veltheim in einer Pilotphase von drei Jahren aufbauen will. Startdatum wird der 1. Januar 2024 sein. Das Projektteam konnte von Erfahrungen der Stadt Baden und anderen Regionen profitieren, welche bereits eine Integrationsfachstelle betreiben. Das Projekt für unsere Region startete im Jahr 2020. Dieses habe ich vom damaligen Stadtrat Willi Däpp übernommen. Dazumal fehlten die personellen Ressourcen bei der Abteilung Planung und Bau für die Bearbeitung dieses Projekts. Deshalb wurde dieses Projekt federführend durch Frau Doris Rüttimann von der Stadtkanzlei bearbeitet. Ihr möchte ich für ihre geleistete Arbeit meinen Dank aussprechen.

Man kann sich die Integrationsfachstelle als regionale Koordinationsstelle vorstellen, welche Fragen beantwortet, sowohl von Behörden der teilnehmenden Gemeinden wie auch von den betroffenen Migrantinnen und Migranten. Die Integrationsfachstelle wird auch zukünftig in Zusammenarbeit mit dem Verein Familienzentrum geführt werden, welches Aufgaben in diesem Bereich in den letzten Jahren im Auftrag des Stadtrates wahrgenommen hat. Der Verein wird weiterhin einbezogen sein, einerseits als Vermieter aber auch als angebots anbietende Stelle. Im Antrag des Stadtrates geht es darum, dass der Rat einem Bruttoaufwand von rund CHF 180'000 pro Jahr zustimmt. Der Nettoaufwand der Stadt beläuft sich jedoch aufgrund der Beteiligung des Kantons und der beteiligten Gemeinden auf lediglich CHF 42'946. Bis anhin hatte die Stadt für diese Aufgaben Kosten von rund CHF 45'000. Ein Antrag des Stadtrates also, bei welchem es für die Stadt in Zukunft günstiger wird. Die Integrationsfachstelle wird ein wichtiger Baustein in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit darstellen. Ich danke dem Rat für die Zustimmung der Anträge.

Frau Nadine Christen: Integration kann nur gelingen, wenn man die ausländische Bevölkerung am Zielort erfolgreich mit der Gesellschaft vernetzt und ihnen das Gefühl vermittelt, ernst und wahrgenommen zu werden. Das Zurechtfinden im Alltag in einem fremden Land kann schwierig sein.

Wer sich bereits in einem unbekanntem und ungewohnten System, wie zum Beispiel bei der Abfallentsorgung, der Schule oder dem öffentlichen Verkehr zurechtfinden muss, hat unter Umständen nicht mehr genügend Kraft, sich durch den Dschungel der Integrationsangebote zu kämpfen. Da könnte es dann einfacher sein, sich mit Gleichgesinnten aus den gleichen Herkunftsländern kurzzuschliessen. So bleiben diese Menschen unter sich und eine erfolgreiche Integration kann nicht stattfinden. Die Fraktion unterstützt deshalb den Aufbau der Integrationsfachstelle in unserer Region. Das vorliegende ausgearbeitete Konzept überzeugt die Fraktion Die Mitte. Ausserdem wird damit die bundesrechtliche Verpflichtung an die Gemeinden, Rahmenbedingungen für die Integration der ausländischen Bevölkerung mit optimalen und kostengünstigen Angeboten für die ausländische Bevölkerung sicherzustellen, eingehalten. Das Informations- und Betreuungsangebot soll für die betroffenen Personen einfach zugänglich sein und helfen, das richtige Angebot aus der Region für die entsprechende Lebenslage zu finden. So können sie ihren Bedürfnissen entsprechend abgeholt und vernetzt werden. Die Fraktion stellt sich vor, dass die regionale integrationsfachstelle auch Akteure wie die Kirche, Vereine und weitere Organisationen unterstützen kann. Dass eine gelungene Integration Kosten einsparen kann, ist schwierig auszuweisen. Unsere Fraktion ist sich aber einig, dass der investierte Betrag später in diversen Bereichen, wie beispielsweise an den Schulen, positive Auswirkungen haben wird. Würde der Rat diese Fachstelle ablehnen, hiesse das nicht, dass die bundesrechtliche Verpflichtung nicht auf eine andere Art umgesetzt werden müssten. Diese würden weiterhin bestehen und die Stadt wäre weiterhin verpflichtet, Integrations- und Informationsleistungen anzubieten. Auch andere Lösungen wären sicherlich nicht kostenneutral. Möglicherweise würde es noch teurer werden, als wenn die Stadt mit anderen Gemeinden ein gemeinschaftliches Projekt verfolgt. Es wäre darum kurzsichtig, jetzt dieses Projekt nicht weiterzuverfolgen.

Frau Norma Lanzendörfer: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Die Fraktion wird den beiden Anträgen zustimmen. Die Gemeinden Birr, Veltheim und Windisch haben dem Projekt bereits zugestimmt. Die Fraktion begrüsst es, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Immigrationshintergründen, zum Beispiel Expats, Familiennachzüge oder geflüchtete Menschen, attraktive Bedingungen vorfinden. Die Fraktion der Grünen ist der Ansicht, dass die Integrationsfachstelle eine gute Drehscheibe für die Vielfalt der verschiedenen bekannten Integrationsprojekte und Angebote sein wird. Mit ihr sollen eine effiziente Nutzung und Zugänglichkeit zu den verschiedenen Angeboten geschaffen werden.

Auch können die Schulen dadurch entlastet werden. Die Fraktion der Grünen regt an, dass im Rahmen des Pilotprojekts evaluiert wird, ob der Standort beim Familienzentrum der richtige Ort für eine Integrationsfachstelle mit regionaler Ausstrahlung ist oder ob es gegebenenfalls einen alternativen Standort geben würde. Unsere Fraktion begrüsst, dass mit der Schaffung der Fachstelle ein wichtiges Signal an die ausländische Bevölkerung gesendet wird.

Herr Pascal Ammann: Das Integrationsprojekt ist der Fraktion der SP schon seit Beginn an ein grosses Anliegen gewesen und ist es auch jetzt noch. Menschen, welche in unserem Land leben, müssen gute Rahmenbedingungen vorfinden, um sich hier zurecht finden zu können. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, sich sozial und beruflich in der Gesellschaft integrieren zu können. Es geht darum, dass der Mensch dazugehören und akzeptiert werden will. Viele Menschen können sich mit Hilfe unserer Regelstrukturen wie Schulen, Sprachschulen, etc. gut integrieren und finden so schnell Zugang zu Vereinen und zum sozialen Leben. Andere Menschen benötigen wiederum spezifische Integrationsförderungen, weil es ihnen aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, sich ausschliesslich durch die bestehenden Regelstrukturen erfolgreich integrieren zu können. Die Fraktion der SP anerkennt, dass mit der Integrationsfachstelle eine Anlaufstelle geschaffen wird, welche die Regelstrukturen unterstützen und die Angebote in der Region vernetzt, aber auch Lücken erkennt und Projekte injiziert und begleitet. Das Konzept beschreibt den Auftrag der geplanten Integrationsfachstelle sehr breit. Deshalb bittet die Fraktion der SP den Stadtrat, sich bei der Umsetzung des Projektes dafür einzusetzen, dass man näher bei den Betroffenen bleibt, dessen Bedürfnisse abholt und diese entsprechend umsetzt. Der Fokus soll bei der spezifischen Integrationsförderung und dem Feststellen und Injizieren von fehlenden Angeboten in der Integrationslandschaft sein. Der Fraktion geht es um die Menschen und darum, dass diese die verschiedenen Chancen und Angebote vorfinden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass die geplante Regionale Integrationsfachstelle keine Angebote selber durchführen wird. Sie wird diese injizieren und vermutlich in den meisten Fällen begleiten. Hier sieht die Fraktion der SP auch den kritischen Punkt. Die Fraktion empfindet es befremdend, dass man dem Familienzentrum, welches Angebote in diesem Bereich anbietet, die Leistungsvereinbarung gekündigt hat.

In der Vorlage des Stadtrates steht geschrieben, dass das Familienzentrum weiterhin Kurse und Veranstaltungen in den Bereichen Familie und Integration sowie eine Spielgruppe mit früher Sprachförderung anbieten werde. Das kann aber nur erfolgen, wenn der Verein Familienzentrum auch weiterhin über die nötigen finanziellen Mittel verfügt. Und diese sind nach Auskunft des Vereins noch nicht sichergestellt. Die Fraktion der SP verlangt deshalb vom Stadtrat, dass die Angebote, welche das Familienzentrum im Integrationsbereich, aber auch im Familienbereich leistet, weiterhin bestehen bleiben und wenn nötig finanziell unterstützt werden. Es ist unserer Fraktion ein Anliegen, dass nicht nur integrationsspezifische Angebote, sondern auch solche für Familien, wie zum Beispiel der Familientag, weitergeführt werden. Unsere Fraktion verlangt, dass insbesondere diese Punkte aus der Leistungsvereinbarung, welche nicht von der geplanten Integrationsfachstelle übernommen werden, weiterhin bestehen bleiben.

Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zum Organisationsmodell des neuen Fachbereichs Gesellschaft. Ich vermisse dort den Bereich Familie und würde deshalb anregen, dass dieser auch noch einen Platz im Organigramm erhält.

Die Fraktion der SP ist gespannt, wie der Stadtrat das vorliegende Projekt umsetzen wird. Sie wird die Situation beobachten und wenn notwendig mit Vorstössen oder Anträgen im Budgetprozess allfällige Änderungen einbringen. Bezüglich der Pilotphase wäre es wünschenswert, wenn eine entsprechende Evaluierung, wie und ob die Integrationsziele erreicht werden, durch den Stadtrat gemacht werden könnte. Unsere Fraktion unterstützt die Schaffung der Integrationsfachstelle, wird jedoch die Entwicklung genau beobachten.

Frau Joya Süess: Ich spreche im Namen der Fraktion der EVP. Die Integration von geflüchteten Menschen stellt eine grosse Herausforderung dar. Im Bericht des Stadtrates ist nachvollziehbar erklärt, wie die geplante Regionale Integrationsfachstelle in der dreijährigen Pilotphase aufgebaut werden soll. Durch die Integrationsfachstelle können zukünftig Synergien genutzt werden und es besteht die Möglichkeit, dass sich weitere Gemeinden anschliessen werden. Die Gemeinden beteiligen sich an den Kosten anhand ihrer Bevölkerungszahl. Ich vertraue darauf, dass mein persönlich investierter Betrag von CHF 3.30 eine gute Investition sein wird. Brugg ist eine Zentrumsgemeinde und unsere Fraktion begrüsst es daher, dass sie eine leitende Rolle dabei übernimmt. Die Fraktion der EVP wird beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Herr Adriaan Kerkhoven: Die Fraktion der GLP unterstützt die Anträge des Stadtrates. Die Fraktion sieht in der Schaffung der Regionalen Integrationsfachstelle eine riesige Chance im Bereich der Integrationsarbeit und diese wird sicherlich auch der verbesserten Zusammenarbeit unter den verschiedenen Gemeinden dienen. Es ist erfreulich, dass die Gemeinden des Bezirks gemeinsam solche Aufgaben in die Hand nehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei der Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) bedanken. Diese leistet eine wichtige Integrationsaufgabe, indem sie viele Asylsuchende ins Schwimmbad einladen und diese dadurch auch in den Konnex zu Schweizerinnen und Schweizer kommen. Ich finde dies lobenswert und es schafft Sicherheit und Lebensqualität und verhindert Konflikte.

Frau Livia Oeschger: Ich spreche im Namen der Fraktion der SVP. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass die Integration keine Aufgabe der Stadt ist. Nur wenn der feste Wille der Zuwanderinnen und Zuwanderer vorhanden ist, kann eine Integration erfolgreich sein. Es bestehen bereits viele Angebote im Bereich der Integrationsarbeit, welche durch die Stadt und die Vereine angeboten werden. Aber werden diese Angebote auch genutzt? Warum funktioniert Integration bei einigen Menschen und bei den anderen nicht? Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, dass ich mir Mühe gegeben habe, um mich in der Gesellschaft zu integrieren. Auch weil die Schweiz nun mein neues Zuhause ist, ich Respekt vor dem Land und seinen Menschen habe und ich zudem keine unnötige Belastung darstellen wollte. Ich habe eine Sprachschule besucht und bin von Anfang an einer Arbeit nachgegangen. Es bestehen finanzielle Hilfen und Informationen, damit sich die Menschen bei ihrer Ankunft in Brugg zurechtfinden können. Auch tragen diverse private Organisationen mit ihren Angeboten zur Integration bei. Noch mehr Angebote sind meiner Ansicht nach nicht notwendig und auch nicht förderlich. Die Selbstständigkeit der einzelnen Menschen wird dadurch untergraben und fördert die Integration nicht. Einwandererinnen und Einwanderer, welche sich integrieren wollen, haben die Möglichkeiten dazu. Diejenigen, die es gar nicht wollen, können auch nicht mit der geplanten Integrationsfachstelle dazu gebracht werden. Die Fraktion der SVP lehnt die beiden Anträge des Stadtrates ab.

Frau Patrica Gloor: Für die Fraktion der FDP ist die Vorlage unbestritten. Die Regionale Integrationsfachstelle ermöglicht eine Professionalisierung sowie eine verbesserte Koordination im Bereich der Integrationsarbeit.

Sie schafft eine Übersicht über die vielen bestehenden Angebote und die Gemeinden können entlastet werden. Unsere Fraktion begrüsst es, dass mit dem Familienzentrum eine Lösung gefunden wurde und dass die bereits bestehenden und bewährten Angebote wie gewohnt weitergeführt werden.

Damit ist die Diskussion erschöpft. In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen einer dreijährigen Pilotphase einer Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) zustimmen und dafür für die Jahre 2024 – 2026 der Schaffung von 110 Stellenprozenten mit jährlich wiederkehrenden Personalkosten von aktuell CHF 132'266 sowie jährlich wiederkehrende Betriebskosten von CHF 45'759 bewilligen.»

mit 35 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen die Entnahme des jährlichen Beitrags der Stadt Brugg an die Regionale Integrationsfachstelle (RIF) aus dem Fonds Sozialfürsorge, Konto 1.29110.52, genehmigen.»

wird mit 35 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Frau Rita Boeck: Ich beantrage, dass das Traktandum 10, trotz der bereits fortgeschrittenen Zeit, an der heutigen Sitzung noch behandelt werden soll.

Der Präsident: Dem Antrag von Frau Rita Boeck, das Traktandum 10 «Ergänzung Gebührenreglement / Neue Räume Stadion Au» an der heutigen Sitzung noch zu behandeln,

wird mit 21 Ja zu 16 Nein zugestimmt.

Traktandum 10: Ergänzung Gebührenreglement / Neue Räume Stadion Au

Herr Stadtrat Jürg Baur: Es freut mich, dass der Bau des Eingangsbereichs im Stadion Au voranschreitet und im August 2023 der Öffentlichkeit übergeben werden kann. Das Festlegen von Gebühren liegt in der Kompetenz des Einwohnerrats und darum liegen dem Rat die vorliegenden Gebührenansätze für die verschiedenen Räumlichkeiten des Stadions Au zur Beschlussfassung vor. Das bestehende Reglement über die Benutzung öffentlicher Gebäude und Anlagen (Gebäudereglement), welches auch die Gebühren regelt, unterscheidet zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung, auswärtigen und ortsansässigen Organisationen und zwischen der Nutzung an den Wochenenden und den Wochentagen. Die vorgeschlagenen Preise wurden mit anderen, ähnlichen Räumlichkeiten verglichen. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Herr Titus Meier: Das bestehende Reglement über die Benützung öffentlicher Gebäude und Anlagen ist so gegliedert, dass jedes Objekt auf einer separaten Seite dargestellt ist und mit unterschiedlichen Regelungen definiert ist. Zur besseren Übersicht und Verständlichkeit regere ich an, dass das Reglement diesbezüglich überarbeitet werden sollte.

Bis anhin wurden durch die Stadt primär Liegenschaften vermietet, welche ihre Hauptfunktion in der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages haben. Das sind insbesondere Schulräume und Turnhallen, bei denen die Hauptverwendung eine öffentliche Nutzung ist. Diese können nebenbei auch durch ortsansässige Vereine gemietet werden. Beim Stadion Au handelt es sich um eine Liegenschaft, die primär den Vereinen dient. Darum ist es auch richtig, dass die Nutzung nicht kostenlos erfolgt. Sehr viele Menschen sind jedoch nicht in Vereinen aktiv, würden aber die Räumlichkeiten gerne für private Zwecke nutzen können. In der Stadt besteht immer mehr die Schwierigkeit, dass private Gruppen keine Räumlichkeiten mieten können. Die Fraktion der FDP stellt deshalb den Antrag, dass die Räumlichkeiten auch von privaten Gruppierungen gemietet werden können. Dies bedingt eine Änderung des bestehenden Gebäudereglements. Würde man der beantragten Ergänzung in der vorgelegten Form zustimmen, wären die Räumlichkeiten nur für die Vereine zugänglich. Darum soll auf den Begriff «Organisation» verzichtet werden, damit diese Räumlichkeiten auch Privatpersonen zur Verfügung stehen.

Der Präsident: Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Ich wiederhole den Antrag noch einmal: «Im ergänzten Gebührenreglement soll die Bezeichnung «Auswärtige Organisationen» in «Auswärtige» und «Ortsansässige Organisation» in «Ortsansässige» geändert werden.»

In der Abstimmung wird dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

«Im ergänzten Gebührenreglement soll die Bezeichnung «Auswärtige Organisationen» in «Auswärtige» und «Ortsansässige Organisation» in «Ortsansässige» geändert werden.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Frau Leonie Woodtli: Ich bin der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Gebührenansätze zu hoch bemessen sind. Dies könnte dazu führen, dass gewisse Vereine die Räumlichkeiten nicht nutzen werden. In der Stadt gibt es Räumlichkeiten, die kostenlos gemietet werden können. Darum ist es mir ein Anliegen, falls die Räumlichkeiten zukünftig von Vereinen wenig genutzt würden, dass der Stadtrat die Mietpreise nochmals überdenkt und eine Preis Anpassung erwägt.

Frau Julia Geissmann: Ich spreche im Namen der Fraktion die Mitte. Nach dem Studium der Unterlagen und weiteren Recherchen kommt die Fraktion zum Schluss, dass sie mit der Ergänzung des Gebührenreglements in vorliegender Form einverstanden ist und die Tarife als angemessen erachtet. Wenn man aktuell beim Stadion Au vorbeifährt, sieht man auch deutlich den Baufortschritt. Wir danken dem Stadtrat und den beteiligten Abteilungen für die Umsetzung des Projekts.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen der Ergänzung des bestehenden städtischen Gebührenreglements für die neuen Räumlichkeiten im Stadion Au zustimmen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Postulat André Schwarz betreffend ausreichende Anzahl an öffentlich zugänglichen Defibrillatoren
- Postulat Reto Bertschi und Mitunterzeichnende betreffend Einführung eines Stadtbusses
- Postulat Leonie Woodtli betreffend Förderung von gemeinnützigem Wohnen in Brugg
- Postulat Barbara Müller-Hefti, Rita Boeck, Walter Krenn und Mitunterzeichnende betreffend Überprüfung und gegebenenfalls Verbesserung der Sicherheit der Brugger Kindergarten- und Schulkinder im Bereich der Schulhauszufahrten

Der Präsident macht folgende Mitteilungen:

- Rutenzug vom Donnerstag, 6. Juli 2023. Besammlung ist um 8.30 Uhr beim Rathausbrunnen. Zur Finanzierung der Rosen, die die Ratsmitglieder am Umzug abgeben, ist beim Eingang eine Kasse aufgestellt. Jedes Ratsmitglied ist eingeladen, fünf Franken einzulegen.
- Die nächste Sitzung des Rats findet am 1. September 2023, 19.30 Uhr, im Rathaussaal, statt.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:

Der Aktuar:

The image shows two handwritten signatures in blue ink. The signature on the left is for the President, and the signature on the right is for the Auditor. A horizontal line connects the two signatures, indicating they are part of the same official statement.